

Selected Term Paper No. 22

Die Republikanische Partei in den USA

von **Markus Knauff**

Oktober 2007

http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_select.html

ISSN 1862-8117

Inhaltsangaben

I.	Einleitung	S. 3
II.	Kurze Geschichte der Republikanischen Partei	S. 4
III.	Organisation der Republikanischen Partei	S. 6
IV.	Der programmatische Hintergrund	S. 10
V.	Republikanische Finanz- und Sozialpolitik	S. 13
VI.	Republikanische Außenpolitik	S. 16
VII.	Nachwort	S. 19
VIII.	Literaturangaben	S. 20

I. Einleitung

Im Vergleich internationaler Parteifamilien stellen die Republikaner in den USA eine konservative Partei dar. Dabei ergeben sich bei genauer Betrachtung jedoch Divergenzen etwa zu konservativen Parteien Europas. Als älteste Demokratie der Welt und gleichsam mächtigster Staat der Welt stehen die USA sowie ihre Parteienlandschaft für eine einzigartige historische Entwicklung. Die Republikanische Partei wird dabei heute zumeist mit der kontrovers diskutierten Politik der Regierung Bush gleichgesetzt. Die Mischung aus starker Wirtschaftsnähe, religiöser Erweckungsideologie und unipolarer Außenpolitik stellt die Republikanische Partei aber nicht in ihrer Gesamtheit dar, sondern verkürzt eine mehr anderthalb Jahrhunderte zählende Parteitradition auf wenige Schlagworte. Solche Schlagworte aber wie Sklavenbefreiung und früher Wirtschaftsprotektionismus finden sich in modernen, nicht selten emotional aufgeladenen Blicken auf diese Partei selten. Das liegt nicht zuletzt daran, dass beide großen Parteien der USA im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte programmatische Veränderungen durchgemacht haben, die ihr Bild – teils radikal – verändert haben und Auswirkungen auf die Wählerklientel genommen haben.

Diese Arbeit nimmt ihren Ausgang in einer Ausarbeitung der historischen Entwicklung der US – Republikaner, sie untersucht programmatische Leitlinien und geht einzeln auf Republikanische Finanz- und Sozialpolitik sowie auf die auch für außeramerikanische Beobachter interessante, weil sie selbst betreffende, Außenpolitik unter Republikanischer Ägide ein. Letztlich soll die Frage geklärt werden, ob es gemeinhin „eine“ Republikanische Partei mit gleicher Stimme gibt, oder ob sich im Verlauf von Jahren innen- und außenpolitischer Veränderungen vielmehr mehrere Positionen in der Partei herausgebildet haben.

Die Literatur zu dem Thema ist erwartungsgemäß vielfältig und in ihrer Aussagekraft heterogen. Die aktuelle Präsidentschaft unter Republikanischer Führung und die zahlreichen, vor allem außenpolitischen Krisen unter der Regierung Bush laden zum Diskurs ein, inwiefern Republikanische Parteiideologie für amerikanische Grundüberzeugungen steht und wie diese die Politik beeinflusst. Zentrale Begriffe aus der amerikanischen Politik werden im Laufe der Arbeit eingeführt und am selben Ort erklärt.

Letztlich soll eine nüchterne Übersicht über die US - amerikanische Partei gegeben werden, die sich als „*grand old party*“ sieht und von sich behauptet, die amerikanischen Ideale am Deutlichsten zu vertreten.

II. Kurze Geschichte der Republikanischen Partei

Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen über das älteste demokratische Parteiensystem der Welt. Es hat sich als ebenso effektiv wie stabil und langlebig erwiesen, da die Parteien flexibel auf gesellschaftliche Veränderungen reagierten. Die beiden großen amerikanischen Parteien haben somit in den letzten zwei Jahrhunderten große, teils divergierende programmatische Veränderungen durchgemacht.

Die amerikanische Verfassung nimmt keinen direkten Bezug auf Parteien und mehr noch wurden die bereits 1800 als „*factions*“ bekannten Organisationen in der Frühzeit der amerikanischen Republik als prinzipiell schädlich angesehen. Dennoch bildeten bereits Thomas Jefferson mit seinen „*Republicans*“ und Alexander Hamilton mit seinen „*Federalists*“ erste politische Organisationen mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Die „*Republicans*“ wurden von ihren Gegnern als „*Anti – Federalists*“ oder „*Democrats*“ bezeichnet, später bezeichneten sie sich als „*Democrat – Republicans*“. In den 1830ern spalteten sie sich in demokratische Republikaner und nationale Republikaner. Die demokratischen Republikaner bildeten den Ursprung der heutigen Demokraten, sie bezogen sich in ihrer Programmatik auf die Belange von Südstaaten und Farmern und standen für freien Handel und eine beschränkte Einwirkung des Staates. Durch ihre unklare Haltung zur Sklavenfrage kamen sie im Verlauf des Bürgerkriegs in eine Defensivposition, die bis zur Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts anhalten sollte¹.

Die nationalen Republikaner oder auch „*Whigs*“ befanden sich seit den 1850ern im Niedergang. Sie fanden keine klare Antwort auf die Frage der Sklaverei und ihr Wirtschaftsprogramm, geprägt von dem Glauben an eine Einheit von Arbeit und Kapital, spaltete die Partei. Enttäuschte Whig – Anhänger, Demokraten des Nordens, einwanderungsfeindliche „*Know Nothings*“ (Der Name sollte die Ablehnung von Demokraten und Whigs belegen) und „*Free Soilers*“, welche die Sklaverei wegen der billigen „Konkurrenz“ ablehnten, fanden eine Heimat in der neu gegründeten Republikanischen Partei². Zu ihrer Programmatik gehörten die Einheit der Union, die Gegnerschaft gegenüber der Sklaverei, eine Propagierung der Westsiedelung, Schutzzölle zur Sicherung der Industrie im Osten und ein politischer Moralismus mit puritanischen Wurzeln³.

¹ Vgl.: Friedrich, Wolfgang – Uwe: Vereinigte Staaten von Amerika, Eine politische Landeskunde, in: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, (Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte), Opladen 2000, S. 75 f.

² Vgl. Greven, Thomas: Die Republikaner, Anatomie einer amerikanischen Partei, München 2004, S. 45 f.

³ Vgl. Friedrich: Vereinigte Staaten von Amerika, S. 77

In den Präsidentschaftswahlen 1860 errang mit Abraham Lincoln erstmalig ein Republikaner das höchste Amt im Staat. Zu seinem Erbe gehören die Befreiung der Sklaven und der Bestand

der Union. Seine Wahl war bereits von den sich verhärtenden Fronten des Nord – Süd – Konflikts gezeichnet. Die Unvereinbarkeiten hatten die Demokraten zwar gespalten, dennoch standen sie als Partei mehrheitlich für den Süden. Die Republikaner waren die Partei des Nordens und überdies die tonangebende Partei auf nationaler Ebene, welche die meisten Wahlen bis in die 1920er gewann.

Durch die wirtschaftliche Depression der späten 1920er Jahre und einen hilflosen republikanischen Präsidenten Hoover konnten die Demokraten mit ihrem Spitzenkandidaten Roosevelt aus ihrer Position als „dauernder Minderheitspartei“ entkommen. Sein Programm des „*New Deal*“ versprach eine Neuankurbelung der Wirtschaft, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm und bessere staatliche Sozialhilfe. Roosevelts New Deal wurde in den 60ern von der „*Great Society*“ des demokratischen Präsidenten Johnson erweitert, welche zusätzlich auf die Rechte der Schwarzen wie Bürgerrechte im Allgemeinen abzielte. Die Wählerpräferenz wandelte sich zugunsten der Demokraten mit einer Stabilität, die bis in die 1970er anhalten sollte⁴.

Der republikanische Glaube an die Überlegenheit der Kräfte des Marktes hatte die Partei nach 1929 als unfähig dastehen lassen, mit der wirtschaftlichen Misere umzugehen. Die im Süden seit dem Bürgerkrieg ohnehin verhasste Partei erreichte in ihrem Ansehen einen neuen Tiefpunkt⁵.

1952 gewann nach 20 Jahren mit Dwight D. Eisenhower wieder ein Republikaner die Präsidentschaftswahlen. Zwar verfügte der New Deal noch über eine satte Zustimmung in der Bevölkerung, aber im Zuge der Furcht vor einem expansiven Kommunismus konnte der ehemalige General die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Während Senat und Kongress von einer parteiübergreifenden konservativen Koalition beherrscht wurden, versuchte Eisenhower, einen „modernen Republikanismus“ zu entwerfen, der die populären Bestandteile des New Deal beibehielt, aber ansonsten die Einwirkung des Staates begrenzen wollte⁶.

Eisenhowers Idee fand in der Partei keine Gegenliebe. Es entwickelte sich unter William Buckley und Barry Goldwater vielmehr eine konservative Gegenoffensive, die sich zunächst durch einen harten Antikommunismus und die Gegnerschaft von staatlichen Eingriffen in die

⁴ Vgl. Hübner, Emil: Das politische System der USA, Eine Einführung, 4. Auflage, München 2001, S. 65 f.

⁵ Vgl. Greven: Die Republikaner, S. 60 f.

Belange der Einzelstaaten auszeichnete. Die Radikalität, mit der sie und ihre Gefolgsleute auftraten und die Gegnerschaft gegenüber der entschlossenen Bürgerrechtspolitik der Regierung Johnson entfremdeten zwar die Farbigen von den Republikanern, aber sie brachte ihr die weiße Mehrheit des Südens näher. Goldwater konnte in den Präsidentschaftswahlen 1964 noch nicht über Johnson siegen, 4 Jahre später aber gelang Richard Nixon mit einer Melange aus Akzeptanz gegenüber dem New Deal und einem Widerstand gegenüber dem starken Staat der Sieg. Nach seinem Sturz über die Watergate – Affäre fehlte der Partei die Führungsfigur⁷.

Aus ihrer Misere erholte sich die Partei bis 1980 aber auf mehreren Wegen. Zunächst hatte der Südstaaten – Demokrat Jimmy Carter die Wahlen 1976 mit Hilfe von evangelikalischen Christen gewonnen. Nachdem diese nun politisiert waren, verstand der Republikaner Ronald Reagan es aber besser, sie zu binden. Er verband sie mit den Eliten der Partei und den Neuen Rechten unter Goldwater. Ferner setzte er dem wirtschaftlichen Abschwung der späten 1970er einen extrem schlanken Staat entgegen, welcher vor allem die Wirtschaft durch geringe Steuern ansprach. Schließlich wurden auch die im Aufwind befindlichen Neokonservativen von Reagans rigiden Antikommunismus und seiner Feindschaft zur Gegenkultur der 1960er angesprochen.

Nach Reagans Regentschaft sah sich die republikanische Partei bereits auf dem besten Weg in eine lange währende Herrschaft. 1992 kam es dann aber doch zum Sieg der Demokraten, da sich Präsident Bush für die Neue Rechte und vor allem für die Neokonservativen zu zögerlich gegenüber dem Irak 1991 zeigte, weil er die Religiösen nicht genug ansprach und weil er trotz seiner ausdrücklichen Versicherung, keine neuen Steuern zu erheben eben dies doch tat. Nach 8 Jahren demokratischer Präsidentschaft errang 2000 mit George W. Bush wieder ein Republikaner die Präsidentschaft. Er ist selbst (streng) religiös, vertritt dabei eine Finanzpolitik des schwachen Staates und der geringen Steuern, sowie eine harte Außenpolitik, die in der Vergangenheit von unilateralem Vorgehen geprägt war.

III. Organisation der Republikanischen Partei

Obleich die Verfassung der USA keinen detaillierten Bezug zu Parteien aufweist, so enthalten aber dennoch die Wahlgesetze des Bundes und der Einzelstaaten Organisationen,

⁶ Vgl. ebd., S. 64 f.

⁷ Vgl. ebd., S. 66 - 71

die Kandidaten aufstellen. Bis heute haben die US – Parteien vor allem die Aufgabe, Kandidaten zu nominieren, Wahlkämpfe zu organisieren, ihre Wählerschaft zu mobilisieren, politische Programme zu erstellen und die Parlamentsarbeit zu koordinieren. Ein wichtiger Schritt von den Honoratiorenparteien der frühen USA zu den modernen Parteien vollzog sich unter der Präsidentschaft von Andrew Jackson nach 1828. Durch die Verschiebung der Kandidatenauswahl für Präsidentschaftswahlen vom Kongress zu den Nationalen Konventen der Parteien wurden diese nachhaltig gestärkt und es bildeten sich einflussreiche lokale Parteiorganisationen⁸.

Durch die weit über den Sezessionskrieg hinausreichende Trennung des Staates in einen republikanischen Norden und einen demokratischen Süden kam es in vielen Bundesstaaten zur Einparteienherrschaft, die das demokratische Machtgleichgewicht schwächte. Nachdem bereits im 19. Jahrhundert Mitwirkungsmöglichkeiten an der Kandidatenaufstellung über die eigentlichen Parteiorganisationen hinaus auf lokaler und regionaler Ebene geschaffen wurden, wurden diese nach 1900 auf bundesstaatlicher Ebene zu den „*National Conventions*“ ausgedehnt⁹.

Beide Entwicklungen führten dazu, dass die Parteien in den USA vor allem vor und in – stark personalisierten - Wahlkämpfen aktiv sind und sie ferner durch die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger weitaus schwächer sind als etwa Parteien in Europa. Zu den traditionellen Strukturen der Republikanischen Partei zählt das „*national committee*“, zusammengesetzt aus Repräsentanten aller Bundesstaaten und zuständig für die innerparteiliche Organisation. Dieses Parteiorgan ist aufgrund von Delegierten aus allen Bundesstaaten sehr groß und heterogen, hier werden Parteitage vorbereitet und das Bild der Partei zwischen den Wahlen gepflegt¹⁰. Seine Einflussmöglichkeiten auf praktische Politik einer Regierung ist begrenzt. Außerdem hat jede im Kongress vertretene Partei ein „*campaign committee*“. Beide Organe unterhalten Beziehungen zu (parteifreundlichen) Interessengruppen, versorgen Kandidaten mit Wahlkampfhelfern und nehmen – im Gegensatz zu demokratischen *committees* – eine Stellung in den „*primaries*“, den auf verschiedene Termine verteilten Vorwahlen von Präsidentschaftskandidaten einer Partei in bestimmten Staaten, ein. Das innerparteiliche Management ist von den Bindungen der Partei zur

⁸ Vgl. Friedrich: Vereinigte Staaten, S. 75 f.

⁹ Vgl. Hübner: Das politische System der USA, S. 66 f.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 71

Wirtschaft geprägt, die Republikaner sind durch eine höhere Spendenbereitschaft ihrer Anhänger finanziell besser aufgestellt als die Demokraten¹¹.

Die informellen Strukturen beziehen sich auf zwei Hauptaspekte. Zum Einen besitzen bundesstaatliche und regionale Parteiführer in den USA eine relativ hohe Stellung, bedingt durch eine oft regionalisierte Politik, die Partikularinteressen und insbesondere die Regierung in Washington misstrauisch beäugt. Der zweite Teil der informellen Strukturen besteht aus parteifremder Unterstützung, Interessengruppen, konservativen Netzwerken und vor allem den wichtigen Geldgebern. Wenngleich die Wahlkampfspenden aus der Wirtschaft gesetzlich stark begrenzt sind, bieten sich ihr durch die „*Politischen Aktionskomitees*“, formal unabhängigen Organisationen, welche offiziell das Abstimmungsverhalten von Politikern beobachten, tatsächlich aber Interessenverbindungen darstellen, Möglichkeiten zur Einflussnahme. Sie dürfen Werbemaßnahmen durchführen und Parteigliederungen unterhalb der Bundesebene unbegrenzt Geld spenden¹².

Parteiführer und Geldgeber sind meist an nicht zu konservativen Präsidentschaftskandidaten interessiert – bestenfalls mit einem Vizepräsidenten, der einen anderen Teil der Basis anspricht, um Wechselwähler anzusprechen, während Aktivisten im Hintergrund an Aussagen und Positionen eines Kandidaten arbeiten. Konservative Medien leisten ihren gewichtigen Teil, um einen Kandidaten landesweit populär zu machen¹³.

Das Fernsehen ist das meistgenutzte Informationsmedium in den USA, 2/3 der amerikanischen Haushalte sind verkabelt. Neben dem Einsatz von grundsätzlich eher liberalen oder konservativen Medien sind vor allem die Fernsehduelle von entscheidender Bedeutung. In den stark personalisierten US - Wahlkämpfen versucht jeder Kandidat eine besonders gute Figur zu machen, dabei wird zumeist mit vereinfachender Schwarz – Weiß – Malerei operiert und die emotionale Komponente betont¹⁴.

Innerhalb der Republikanischen Partei gibt es diverse Fraktionen, die um die richtige Politik streiten. Neben konservativen und moderaten Kräften sind dies auch Sozial - und Wirtschaftskonservative. Regionale Vergleiche belegen liberalere Kräfte im Nordosten und an der Westküste, wohingegen der Süden die konservativeren Kräfte stellt. Trotzdem identifizieren sich die meisten Parteimitglieder mit einer weitgehend konservativen Politik,

¹¹ Vgl. Reiter, Howard L.: Finding the “There“ There: Membership and Organization of the Republican Party in the United States, in: Rainer – Olaf Schultze Roland Sturm Dagmar Eberle (Hrsg.): Conservative Parties and Right – Wing Politics in North America, Reaping the Benefits of an Ideological Victory ?, (Politikwissenschaftliche Paperbacks, Studien und Texte zu den politischen Problemfeldern und Wandlungstendenzen westlicher Industriegesellschaften, Bd. 36), Opladen 2003, S. 170 f.

¹² Vgl. Friedrich: Vereinigte Staaten, S. 92 f.

¹³ Vgl. Reiter: Finding the „There“ There, in: ebd., S. 172 - 176

¹⁴ Vgl. Friedrich: Vereinigte Staaten, S. 91 f.

die etwa christliche Werte und Patriotismus betont, eine Begrenzung der staatlichen Macht und ein selbstbewusstes Auftreten in der Außenpolitik.

Die „*National Conventions*“ waren in den vergangenen Jahrzehnten von einem zunehmenden Konservatismus gekennzeichnet. Seit 1980 gab es keinen moderaten oder linken Präsidentschaftskandidaten auf den Versammlungen. Ferner schieden seit 1988 die Verlierer der frühen „*primaries*“ in späteren Vorwahlen aus, um den Siegern im späteren Verlauf größere Siegchancen zu ermöglichen. Dies hatte die Auswirkung, dass die relative ideologische Ausrichtung der ersten Vorwahlstaaten in Verbindung mit den Positionen der Kandidaten gegenüber deren Siegchancen stärker korrelierten, als die landesweite Verteilung der Fraktionen¹⁵. Dieser Entwicklung wiederum wurde versucht durch die Einführung des „*Super Tuesday*“, der Durchführung mehrerer „*primaries*“ an einem Termin, entgegenzuwirken.

Die „*Members of Congress*“ haben im Sinne der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung das Recht, Kriege zu erklären, der Präsident fungiert hiernach als Oberkommandierender der Streitkräfte. Hierbei wird ein Unterschied zu den meisten europäischen Systemen deutlich. Im Gegensatz etwa zum „Parteienstaat“ BRD sind die USA ein „Koalitionsbildungsstaat“. Das heißt, dass der Präsident in seiner Politik – nicht zuletzt auch wegen der schwachen US – Parteien – parteiübergreifende Koalitionen nutzen kann. Ein Beispiel bildet der Irakkrieg von 2003, als auch zahlreiche Demokraten einem Waffengang unter republikanischer Präsidentschaft zustimmten¹⁶.

Ferner sind die Kongressmitglieder von einer starken Bindung zu ihren Wahlkreisen gezeichnet¹⁷. Dies gilt wohl für die Republikanische Partei noch stärker als für die Demokraten, da unter ihren Wählern eine regional verbundene Landbevölkerung stärker zu finden ist als bei der Demokratischen Partei. Die für die USA charakteristische Basisdemokratie wird auch als „*grass roots democracy*“ bezeichnet¹⁸. Bis zu Roosevelts New Deal fanden sich überdies vor allem republikanische Kongressmitglieder aus dem Nordosten als Gegner staatlicher Interventionen, danach stellten sie die größten Unterstützer aus den Reihen der Republikaner¹⁹.

¹⁵ Vgl. Reiter: Finding the „There“ There, in: ebd., S.177 - 183

¹⁶ Vgl. Dittgen, Herbert: Amerikanische Demokratie und Weltpolitik, Außenpolitik in den Vereinigten Staaten, Paderborn 1998, S. 23

¹⁷ Vgl. ebd., S. 47

¹⁸ Vgl. Friedrich: Vereinigte Staaten, S. 82

¹⁹ Vgl. Reiter: Finding the „There“ There, in: ebd., S.183

IV. Der programmatische Hintergrund

Der ideelle Hintergrund der Republikanischen Partei war schon in der Frühzeit von Gedanken geprägt, welche die diversen Interessen derer widerspiegelten, die sich mit der Partei sympathisierten. Demokraten des Nordens, die zu den Republikanern wechselten, brachten Erfahrungen aus einer länger bestehenden Partei mit, sowie überhaupt der Nordosten die wirtschaftliche Elite des Landes stellte. Von den „Whigs“ übernahmen die Republikaner den festen Glauben an die Einheit von Kapital und Arbeit. Das Erbe der „Know – Nothings“ beschert der Partei ein bis heute angespanntes Verhalten gegenüber Immigranten. Seit dem Sezessionskrieg waren die Republikaner die Partei der Union und der Sklavenbefreiung. Im Verlauf der Parteigeschichte kristallisierten sich dann einerseits Konstanten heraus, aber es gab andererseits ideologische Brüche und Kehrtwendungen. So spricht sich die frühe Republikanische Partei für Zollschränken zum Schutz der heimischen, im Aufbau befindlichen, Wirtschaft aus. Heutzutage propagieren Republikanische Vordenker zumeist den Freihandel. Und während die Partei zunächst die selbstverständliche Wahl für farbige US – Bürger war, hat sich deren Wahlverhalten seit der konservativen Südausrichtung diametral geändert. Es besteht eine enge Verbindung zwischen der Republikanische Partei im Speziellen, sowie den USA als Gesamtheit und der Religion. Nachdem verfolgte christliche Glaubensgemeinschaften aus Europa über Jahrhunderte ihre Freiheit in Amerika gefunden hatten, stellen sie heute einen gewichtigen Teil der republikanischen Parteibasis. Bereits in der Zeit vor dem amerikanischen Bürgerkrieg fanden sich protestantische Kirchen des Nordens, die sich gegen die Sklaverei aussprachen. Während sie der Republikanischen Ideologie zuneigten, fanden sich Kirchen des Südens als Verfechter der Sklaverei in den Reihen der Demokraten wieder, ferner auch Katholiken, da dies die stärkste Religion unter den Immigranten war²⁰.

Die innerchristliche Heterogenität der Glaubensgemeinschaften fand ihre Einheit in der Transformation des biblischen Gottes in einen amerikanischen Gott, der dieses Volk auserwählt hat. Die Idee der „one nation under god“ versah und versieht dabei amerikanische Politik mit einer moralischen Dimension, welche die feste Überzeugung in die Richtigkeit der amerikanischen Gesellschaft und ihrer Demokratie, aber auch in ihre Außenwirkung und letztlich die Unterscheidung in gut und böse ermöglicht²¹. Die zunehmend konservative

²⁰ Vgl. Phillips, Kevin: American Theocracy, The Peril and Politics of Radical Religion, Oil, and Borrowed Money in the 21. Century, New York 2006, S. 123 f.

²¹ Vgl. Gebhardt, Jürgen: Conservatism and Religion in the United States, in: Schultze Sturm Eberle: Conservative Parties and Right - Wing Politics in North America, S. 153 f.

Ausrichtung der Republikanischen seit den 1960ern öffnete auch streng religiösen Wertvorstellungen den Zugang zum Partei – Mainstream. Die Gegenkultur der 60er, der Wohlfahrtsstaat samt hoher Steuern und aufkommende Rassenunruhen bot Raum für eine wertebasierte, religiös bestimmte Strategie²².

Die politische Südausrichtung der Republikaner verbindet sich mit einer lokal geprägten Mischung aus Patriotismus, Religion, Vertrauen in freie Märkte und Misstrauen gegenüber Außenseitern²³. Die christliche Rechte ist im Süden besonders stark vertreten, nach ihrer Politisierung in der Mitte der 70er hat sie ihre politische Heimat bei den Republikanern gefunden und beherrscht zahlreiche lokale Parteiorganisationen, und zunehmend auch die Agenda der Gesamtpartei²⁴. Sie ist geprägt von der Überzeugung, moralische Handlungen seien nicht von wirtschaftlichen Erwägungen zu trennen. Innerhalb der Republikanischen Partei bekämpfen sie hohe Steuern und die Macht der Gewerkschaften. Ferner blickt die Republikanische Rechte mit Pessimismus auf die als Verfall empfundene Entwicklung der Populärkultur. In Reden und Diskussionen plädieren ihre Anhänger für eine Rückkehr zu den traditionellen Familienwerten. Die Positionen der erstarkten christlichen Rechten sind von einem klaren Freund – Feind – Denken nach Innen und Aussen geprägt, welches politische Kompromisse ausschließt. Im Gegensatz zur ansonsten verbreiteten Feindschaft zur Regierung in Washington ist sie bereit, die staatlichen Mittel – etwa im Bildungswesen - zur Durchsetzung ihrer Ziele zu nutzen²⁵. Dennoch ist der Durchmarsch der religiösen Rechten in der Partei nicht unumstritten. Gerade ausserhalb des Südens registrieren manche Republikaner mit Unbehagen die Radikalität ihrer Aussagen, die biblische Weltsicht und nicht zuletzt eine negative Außenwirkung. Sie fürchten, dass sich die Partei so zu weit nach rechts lehnt und letztlich an Attraktivität für Wähler der Mitte verliert²⁶.

US - Amerikanische Politik ist geprägt vom Gedanken der Basisdemokratie . Die Republikaner haben sich diesen Aspekt jedoch stärker zu eigen gemacht als die Demokraten. Sie kritisieren die Demokratische Partei als Vertreter von „equality“ und „community“ und verbinden diese Kritik mit den Steuerlasten, welche diese dem Land aufbürden wollten, um einen starken Staat zu schaffen und Sozialprogramme im Sinne einer „Gleichmacherei“ zu betreiben. Dem stellen die Republikaner als Schlagworte „liberty“ und „opportunity“

²² Vgl. Greven: Die Republikaner, S. 75

²³ Vgl. ebd., S. 99 f.

²⁴ Vgl. ebd., S. 105 f.

²⁵ Vgl. White, John Kenneth: The Values Divide, American Politics and Culture in Transition, New York 2003, S. 100 f.

²⁶ Vgl. Phillips: American Theocracy, S. 357

entgegen, die Freiheit, Möglichkeiten zu nutzen und Eigenverantwortung zu tragen²⁷. Dem entsprechend propagieren Republikanische Ideologen den amerikanischen Kleinstadtgedanken, der Selbstverantwortung gegenüber der Regierung vertritt und in der Wirtschaftspolitik eine von staatlichen Zwängen weitgehend ungebundene Wirtschaft²⁸.

Republikanische Politik ist beeinflusst von diversen Interessengruppen, nicht zuletzt aus der Wirtschaft. Eine weitere wichtige außerparteiische Einflussquelle bilden konservative Think Tanks. Die Herausbildung von Think Tanks in Nordamerika erfolgte dabei in 3 Wellen.

Zwischen den Weltkriegen fanden sich akademische Think Tanks, welche sich mit Politikuntersuchung und Grundlagenforschung befassten. Nach dem 2. Weltkrieg bildeten sich technokratische Institute, die aufgrund von Regierungsaufträgen arbeiteten. Die moderne Version der Think Tanks entstand in den 1970ern – die Neokonservativen setzten bereits in den 60ern an. Sie sehen sich als Anwälte für individuelle Problemlösungen oder vertreten eine eigene politische Weltsicht²⁹.

Den Neokonservativen kommt eine besondere Stellung zu. Sie haben sich seit den 1960ern von einer Bürgerrechtsbewegung zu entschiedenen Gegnern des Gedankenmodells der 1960er entwickelt und sahen in der antibürgerlichen Gegenkultur prinzipiell undemokratische Züge. Zudem vertraten und vertreten sie gegenüber „realistischen“ Politikansätzen das Ideal einer Demokratieverbreitung durch Amerika. Zunächst lag ihre Parteienpräferenz bei den Demokraten, durch den Einfluss des Gedankenguts der Protestbewegung in den 60ern entfernten sie sich aber von der Partei. Der strikte Antikommunismus Ronald Reagans und seine Gegnerschaft zur Gegenkultur der 1960er brachte sie den Republikanern näher³⁰.

Der Kuwait – Konflikt führte als verpasste Chance eines „*regime change*“ schließlich zu den Aussagen, die den heutigen Neokonservativismus ebenso prägen wie die jüngere amerikanische Politik unter Republikanischer Führung. Demnach ist die Welt nach Ende des Ost – West – Konfliktes nach wie vor ein „*dangerous place*“. Um das liberale System der USA zu schützen, müssten sich diese einen liberalen Internationalismus auf die Fahnen schreiben und demokratische Umwälzungen initiieren, notfalls alleine³¹.

Wie die Neuen Rechten in der Republikanischen Partei propagieren die Neokonservativen eine stärkere Stellung von Familie und Religion. Sie fordern jedoch keinen moralischen

²⁷ Vgl. White: *The Values Divide*, S. 78 f.

²⁸ Vgl. ebd., S. 83

²⁹ Vgl. Thunert, Martin: *Conservative Think Tanks in the United States and Canada*, in: Schultze Sturm Eberle: *Conservative Parties and Right - Wing Politics in North America*, S. 230 f.

³⁰ Vgl. Volkert, Bernd: *Der amerikanische Neokonservativismus, Entstehung – Ideen – Intentionen*, in: Prof. Dr. Hajo Funke und Dr. Lars Rensmann (Hrsg.), *(Politische Theorie und Kultur, Bd. 3)*, Berlin 2006, S. 84 f.

³¹ Vgl. ebd., S. 90 f.

Kreuzzug, sondern sehen Familie wie Religion als notwendigen Kitt der amerikanischen Zivilisation³². Wenngleich die Neokonservativen bei den Republikanern heute die größte ideelle Schnittmenge erkennen, agieren sie parteiübergreifend und unabhängig.

V. Republikanische Finanz – und Sozialpolitik

Die ersten Grundlagen für Republikanische Finanzpolitik wurden aus dem Erbe der „Whigs“ gezogen. So stand die Republikanische Partei ab der Mitte des 19. Jahrhunderts für den festen Glauben an die Einheit zwischen Kapital und Arbeit. Nachdem Klassenunterschiede als konstruiert und unamerikanisch angesehen wurden, führte diese Position letztlich zum Versagen Republikanischer Politik während der Wirtschaftskrise am Ende der 1920er und dem Siegeszug Demokratischer Sozialpolitik. Seitdem kritisierten Republikaner Demokratische Verfechter eines aktiven Staates als Befürworter des Klassenkampfes, wohingegen die Republikanische Partei zunehmend mit Unternehmensinteressen verbunden wird.

Zunächst bestand eine Fortsetzung der „Whig“ – Politik jedoch darin, dass sich Republikaner als Vertreter der Industrie (im Norden) für einen Aufbau der heimischen Wirtschaft hinter Zollmauern aussprachen, ferner für ein staatlich reguliertes Wirtschaftsleben. Auf der anderen Seite standen Demokraten als Verfechter einer Freihandelspolitik im Sinne der Agrar- exporteure des Südens³³. Nachdem die Wirtschaft einen starken Verteilungsstaat, der die Wirtschaft schützte und Ausgaben durch Steuereinnahmen deckte, zunächst bejaht hatte, führte die Erhebung von Unternehmens – und Einkommenssteuern 1910 und 1913 zunehmend zu einer Gegnerschaft gegenüber dem „Big Government“. Seit den 1920ern fanden sich auch Republikanische Kritiker des starken Staates, aufgrund des Erfolges der Demokratischen Sozialprogramme kam es aber erst unter der Präsidentschaft Ronald Reagans zu einem radikalen Wechsel³⁴.

Darüber hinaus entwickelten sich Republikaner im Zuge einer an Stärke gewinnenden US – Wirtschaft zunehmend, spätestens nach 1945, zu Verfechtern einer Freihandelspolitik mit dem aktuellen Höhepunkt der Propagierung einer panamerikanischen Freihandelszone.

³² Vgl. ebd., S. 109 f.

³³ Vgl. Greven: Die Republikaner, S. 50 f.

³⁴ Vgl. Savage, James D.: The Economic Dimension: Fiscal Conservatism, Deficit Reduction, and Welfare Retrenchment in the United States, in: Schultze Sturm Eberle: Conservative Parties and Right – Wing Politics in North America, S. 257 ff.

Im Wahljahr 1980 hatten die Staatsschulden ein kritisches Maß erreicht. Anstatt jedoch Steuererhöhungen zu beschließen, entschied sich die Reagan – Regierung dazu, Steuern vor allem für Unternehmen radikal zu senken. Die angebotsorientierte Politik sollte die Wirtschaft stärken. Dies führte – ganz im Sinne der Regierung – dazu, dass Regierungsausgaben, etwa für Sozialprogramme, reduziert oder ganz aufgegeben werden mussten. Reagans Vizepräsident George Bush sr. brandmarkte diese Politik noch 1980 als „*voodoo economics*“, verzichtete aber später auf eine Wiederholung seiner Kritik, da die „*Reagan – economics*“ bereits Einzug in die Parteiideologie gefunden hatten³⁵.

Reagan war mit seiner Politik zu dem Heroen der Republikanischen Partei aufgestiegen. Als Bush sr. als Reagans Nachfolger zunächst verkündete, trotz eines galoppierenden Haushaltsdefizits keine neuen Steuern zu erheben („*Read my lips: No new taxes*“) und dies dann dennoch tat, kam das für viele Reagan – Republikaner einem Verrat gleich³⁶.

Für den amerikanischen Sozialstaat bedeuteten die 1980er und frühen 90er unter Republikanischer Ägide, sowie ein Demokratischer (Südstaaten) Präsident Clinton, der 1992 antrat, „*To End Welfare as We Know It*“³⁷, das Ende von „*Big Government*“ mit parteiübergreifendem Einverständnis³⁸. In der Finanzpolitik übernahmen die Demokraten ur – Republikanisches Gedankengut von der Unterordnung allen politischen Handelns unter das Ziel ausgeglichener Haushalte und der Rückführung von Schulden³⁹. Erleichtert wurde den Demokraten ihre Wirtschafts – und Finanzpolitik sowie ihre Sozialpläne durch die Boomjahre der 1990er.

2 Jahre nach der Wahl Bill Clintons zum US – Präsidenten konnten die Republikaner die Mehrheit im Kongress (nach 40 Jahren in der Opposition) gewinnen. Newt Gingrich griff als ideologischer Frontmann die Bundesregierung direkt an, warf ihr zu starken Einfluss in die Belange von Bundesstaaten und Bürgern vor und propagierte in seinem „*Contract with America*“ unter anderem ausgeglichene Bundeshaushalte und – ausgaben, sowie Steuersenkungen. Interessant ist ferner die mit Gingrich verbundene „*Leave Us Alone Coalition*“. Sie umfasste neben Anderen von Regulierungen und Steuern geplagte mittelständische Unternehmen, außerdem unter steigenden Grundsteuern leidende Hausbesitzer, Religiöse und Waffenfreunde. In ihrer Kritik gegen den Staat forderten sie

³⁵ Vgl. Phillips: *American Theocracy*, S. 269 f.

³⁶ Vgl. Savage: *The Economic Dimension*, in: ebd., S. 270

³⁷ Greven: *Die Republikaner*, S. 170

³⁸ Vgl. Savage: *The Economic Dimension*, in: Schultze Sturm Eberle: *Conservative Parties and Right - Wing Politics in North America*, S. 268

³⁹ Vgl. Greven: *Die Republikaner*, S. 145

jedoch keinen Totalrückzug Washingtons, sondern schlicht Regelungen und Eingriffe zu ihren Gunsten⁴⁰.

Präsident Bush jr. Wollte die „Fehler“ seines Vaters vermeiden, die diesen in der Partei isoliert hatten. Dazu nahm er nach seiner Wahl eine an Ronald Reagan orientierte Fiskalpolitik auf. Obwohl Bushs Steuerkürzungen nur dem reichen 1% der Streuerzahler zugute kamen, betonte seine Regierung die Möglichkeit, mit ihrer Politik die nach 2000 geschwächte Ökonomie anzukurbeln, erreichte dabei aber einen Anstieg der Staatsausgaben, nicht zuletzt durch die im Zuge des „Krieges gegen den Terror“ ansteigenden Ausgaben für nationale Sicherheit und Militär. Zuspruch erhielt diese Politik von den selben Angebotspolitikern und Gegnern des starken Staates, die bereits die Politik Reagans gelobt hatten⁴¹.

Die Konservativen in der Republikanischen Partei sprechen sich dabei nicht so grundsätzlich gegen den starken Staat aus, wie dies zunächst erscheint. Neben den Religiösen, die den Bundesstaat als Mittel zur landesweiten Durchsetzung ihrer Werte ansehen, sprechen sich Wirtschaftskonservative für einen starken Staat aus, der „*Corporate Welfare*“, unternehmensbasierte Sozialpolitik, finanziell unterstützt. Trotz Reagans Kürzungspolitik und George W. Bushs ideologischer Nachfolge darin, gibt es also nach wie vor Regierungszuwendungen an Großunternehmen, die staatliche Sozialhilfe privatisieren⁴².

Republikanische Ökonomie und Sozialpolitik ist von Wirtschaftsinteressen und dem Willen der Einzelstaaten nach stärkerer Eigenkompetenz geprägt. Im Zuge der Privatisierung der Sozialhilfe kommen die religiösen Organisationen ins Spiel. Hilfestellungen erfolgen durch Überprüfung der Arbeitswilligkeit, verstärkt durch moralische und religiöse Kriterien⁴³.

Steuererhebungen ab 1947 zeichnen ein Bild, welches ein Problem für Amerikas Ökonomie darstellt. Von 1947 bis `68 sank die Ungleichheit der Familieneinkommen, von 1968 bis`93 stieg sie an. Nach 1993 (Stand 2001/02) hat sich die Entwicklung verlangsamt⁴⁴. Einfluss darauf haben die Demokratischen „*New Deal*“ und „*Great Society*“ Gesetze ebenso gehabt, wie die Republikanische Zurückdrängung dieser. Ferner ist die Verminderung des industriellen Sektors in den 1970ern zu nennen.

Im Zuge der Globalisierung kann es langfristig auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden,

⁴⁰ Vgl. ebd., S.147 ff.

⁴¹ Vgl. Savage: The Economic Dimension, in: Schultze Sturm Eberle: Conservative Parties and Right – Wing Politics in North America, S. 271 f.

⁴² Vgl. ebd., S. 274 f.

⁴³ Vgl. Greven: Die Republikaner, S. 183

⁴⁴ Vgl. Nye Jr., Joseph S.: The Paradox of American Power, Why the world`s only superpower can`t go it alone, Oxford New York 2002, S. 130 f.

dass es in den USA zu einer Wiederkehr protektionistischer Stimmen auf Kosten des Wirtschaftswachstum kommt, etwa wenn wirtschaftliche Rivalen wie China zu einer zu großen Gefahr für die amerikanische Wirtschaft werden⁴⁵

VI. Republikanische Außenpolitik

Um die besonderen Eigenschaften aufzuzeigen, die amerikanische Außenpolitik im Grundsätzlichen auszeichnen, muss man sich den „*special flavor*“ in dieser vergegenwärtigen. Hierbei sind die ineinander übergreifenden Aspekte von öffentlicher Meinung und moralischer Orientierung ebenso zu nennen, wie eine grundsätzliche Überschneidung von Innen – und Außenpolitik. Ferner findet eine Machtverteilung statt, die es etwa dem Kongress erlaubt, Kriege zu erklären – die amtierende Regierung führt diese hiernach – und, wie in der jüngsten Vergangenheit geschehen, Kriegskredite und Truppen zuzusagen oder zu verweigern. Im Großen und Ganzen jedoch genießt die Bundesregierung in ihrer „friedlichen“ Außenpolitik einen großen Handlungsspielraum. Die parteiische Einwirkung in die Außenpolitik einer Regierung ist aufgrund der schwachen US – Parteien ungleich schwächer ausgeprägt, als dies in Europa der Fall ist. Während außenpolitische Meinungen und Einschätzungen nicht von Parteioberen vorgetragen werden, sondern Senatoren und Kongressmitglieder unterhalb der Regierungsebene die Parteiideologie vertreten, sind es Interessengruppen und in starkem Maße die Medien, die eine starke Meinungsbildung betreiben.

Galt bis zum 1. Weltkrieg der Grundsatz des Isolationismus als außenpolitischer Leitfaden, so ist es das amerikanische „Sendungsbewusstsein“, das die US – Außenpolitik seit dem 20. Jahrhundert von Wilsons „Fourteen Points“ bis zu Bush jr.`s Demokratisierung des Nahen Ostens bestimmt⁴⁶.

Die isolationistische Grundhaltung innerhalb der Republikanischen Partei wurde nach 1945 nicht komplett überwunden, sie stand jedoch einer veränderten Definition des nationalen Interesses der USA durch die Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion gegenüber. Die Republikanische Partei entwickelte sich unter dem Präsidenten Eisenhower zu „konservativen Internationalisten“⁴⁷.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 135 f.

⁴⁶ Vgl. Dittgen: Amerikanische Demokratie und Weltpolitik, S. 13 - 17

⁴⁷ Vgl. Greven: Die Republikaner, S. 187

In der Republikanischen Partei gab und gibt es verschiedene und teils divergierende Positionen zur Außenpolitik. Solange der Kalte Krieg währte, wurden diese jedoch unter dem Grundsatz des Antikommunismus zusammengefasst. Die Eliten innerhalb der Partei tolerierten die Ausbreitung von Moralisten und Neuen Rechten, solange sie sich auf Aussagen beschränkten und die praktische Politik den Eliten in Amt und Würden überließen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa taten sich jedoch innerparteiische Gräben zwischen moderaten Republikanern und Neuen Rechten auf, die ihre moralisch – religiösen Überzeugungen zunehmend propagierten und nach Machtpositionen strebten⁴⁸.

Außerhalb der Republikanischen Partei waren es vor allem die Neokonservativen, welche die Republikanische Außenpolitik seit den 1970ern verfolgten und nach „9/11“ ihren ideologischen Fußabdruck in der Außenpolitik der Regierung Bush hinterließen. Die Entspannungspolitik der Regierungen Nixon und Ford gegenüber dem Kommunismus sahen Neokonservative zunächst als Bedrohung der amerikanischen Werte, als gefährliche „Kultur des Appeasement“ und Schritt in den Isolationismus. Dem gegenüber stellten sie die absolute Notwendigkeit von amerikanischer Einmischung in die Weltpolitik mit demonstrativem Herausstreichen militärischer Interventionen zur Verbreitung des liberalen Gesellschaftsmodells der USA⁴⁹. Der politische „Realismus“ eines Henry Kissingers erschien ihnen hierbei unzureichend. Zwar unterschieden die Neokonservativen zwischen autoritären und prinzipiell US – freundlichen Regimen, sowie totalitären, kommunistischen, Regimen. Ziel jeder US – Politik sollte es aber sein, auch erstere zur Demokratie zu bringen⁵⁰.

Die Präsidentschaft Ronald Reagans begann für Neokonservative wie Religiöse gleichsam verheißungsvoll. Sein strikter Antikommunismus versöhnte Neokonservative, die eine Schwächung der USA in den 1970ern prognostiziert hatten. Reagans klare Bildsprache von der Sowjetunion als „Reich es Bösen“ und die damit einhergehende Trennung der Welt in Gut und Böse vertrat die biblische Weltansicht der Evangelikalen. Reagans Verhandlungen mit der Sowjetunion aber widersprach der neokonservativen Unerbittlichkeit gegenüber dem Kommunismus⁵¹.

Nach dem Ende des Kalten Krieges fassten konservative Ideologen Überlegungen zum Umgang mit der veränderten Welt. Die Neokonservativen sahen die USA in der „*Defence Policy Guidance*“ von 1992 in einem „*unipolar moment*“. Demnach müssten die USA als einzige verbleibende Supermacht die Möglichkeit nutzen, um die Demokratisierung der Welt

⁴⁸ Vgl. White: *The Values Divide*, S. 86 f.

⁴⁹ Vgl. Volkert: *Der amerikanische Neokonservatismus*, S. 66 - 69

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 90 f.

⁵¹ Vgl. Greven: *Die Republikaner*, S. 190 ff.

mit Nachdruck und notfalls alleine voranzutreiben. Den militanten Islamismus machten sie als illiberalen Nachfolger des Kommunismus auf globaler Ebene aus⁵².

Die religiöse Rechte konnte sich innerhalb der Republikanischen Partei der 1990er mit einer glaubensbasierten Weltansicht positionieren. Nach 2001 forcierte sie ein Endkampfsszenario im „Heiligen Land“. Die tradierte Unterstützung Israels durch die USA kann aus diesem Blickwinkel als religiöse Notwendigkeit gedeutet werden und die bereits unter Reagan benutzte Unterscheidung zwischen Gut und Böse wird zu einem Glaubenskonflikt zwischen Christentum und Islam hochstilisiert. Der Pragmatismus von Republikanischen Eliten sollte nicht unterschätzt werden, aber die Präsidentschaft des wiedergeborenen Christen George W. Bush führt tiefe religiöse Überzeugungen an die Macht. Neben dem Konflikt im Nahen Osten berührt eine unreflektierte Außenpolitik die Arbeit internationaler Institutionen. Eine Ablehnung etwa von Schritten zur Verminderung der globalen Erwärmung, da dies als menschliche Verursachung gegen das Buch Genesis verstößt, kann letztlich nicht im amerikanischen Interesse sein⁵³. Der Weltmacht dürfte es vermutlich daran gelegen sein, bei wichtigen internationalen Akteuren auf ein gewisses Wohlwollen zu stoßen und mithin als ehrlicher Makler in Konflikten von ziviler wie militärischer Art angenommen zu werden. Auf der anderen Seite steht die ehemalige Sicherheitsberaterin und aktuelle US – Außenministerin Rice als Vertreterin der realistischen Schule. Sie forderte bereits nach den humanitären Interventionen und Nation – Building – Abenteuern der Clinton – Regierung die Rückbesinnung auf die vitalen nationalen Interessen des Landes. Rice forderte, die Vorherrschaft der USA gegen konkurrierende Mächte wie China und Russland, aber auch gegen ein vereinigtes Europa, zu verteidigen⁵⁴.

Tatsächlich haben sich die nationalen Interessen nach 2001 gewandelt. Es besteht heute über die Republikanische Partei hinaus auch bei den Demokraten ein Gefühl für die Gefahren des radikalen Islam. Ob sich der noch junge Krieg gegen den Terror aber zu einem einigenden Band entwickelt, wie es der Antikommunismus in der Republikanischen Partei vor 1989 war, wird sich zeigen.

⁵² Vgl. Volkert: Der amerikanische Neokonservatismus, S. 92 f.

⁵³ Vgl. Phillips: American Theocracy, S. 363 - 366

⁵⁴ Vgl. Greven: Die Republikaner, S. 199

VII. Nachwort

Die Republikanische Partei operiert aus einem Gefühl der Stärke, auch wenn sie Wahlen verliert. Die tiefe Überzeugung, für die große Mehrheit der Amerikaner zu stehen lässt sie die Demokratischen Gegner als „*liberals*“ diffamieren, unfähig den Staat nach innen zu lenken und schwach nach außen. Tatsächlich zeigt sich die amerikanische 2 – Parteiendemokratie heute radikalierter als noch vor Jahrzehnten. Die Demokraten scheinen sich jedoch weniger nach links bewegt zu haben als die Republikaner nach rechts.

Die Gefahr für die Republikanische Partei liegt heute weit weniger in Demokratischen Politikern, die einen stärkeren Staat befürworten oder die Truppen aus dem Irak abziehen wollen. Die Hauptgefahr für die Republikanische Partei und die amerikanische Demokratie liegt in ihr selbst. Die zunehmende Radikalisierung der konservativen Ränder und der Vormarsch der Religiösen mag historische Wurzeln haben, aber beides bringt den Staat in Schieflage. Eine religiöse Rechte mit Einfluss auf die US – Politik verschärft außenpolitische Krisen und vermindert die Wettbewerbsfähigkeit einer laizistischen Wissenschaft. Verschließt sich die Partei ideologisch nach innen stärkt sie unwillentlich den Demokratischen Gegner, der gemäßigte Wähler von den Republikanern abzieht und zu einer Kooperation in Sachfragen weniger aufgeschlossen ist.

Auf der anderen Seite gibt es moderate Konservative und Republikaner, die einen größeren Pragmatismus anmahnen. Es fällt diesen jedoch oft schwer sich in der Republikanischen Partei von heute zu artikulieren.

Wenn die Präsidentschaft Reagans von Parteirechten auf die Konfrontation mit einem bereits überlebten Kommunismus und eine harte Fiskalpolitik begrenzt und bejubelt wird, so unterschlägt diese Sichtweise den Pragmatismus, der auch seiner Präsidentschaft eigen war und die Gefahr einer auseinanderdivergierenden Einkommensschere. In einer Zeit von Krisen und Kriegen ist den USA mit Hurratriotismus und Kulturkriegsrhetorik von Republikanischer Seite wenig geholfen, zumal der neue Gegner in seiner Vitalität wenig mit einer erschlafften Sowjetunion der 1980er gemein hat.

Die Zwischenwahlen von 2006 haben die Demokratische Partei in beiden Kammern des US – Parlaments zur Majorität verholfen. Der Republikanische Präsident ist in einer Position der Schwäche und muss mit einem wenig kooperativen politischen Gegner zusammenarbeiten, der Vergeltung für die Vergangenheit sucht, in der Demokraten schnell als unpatriotische Opponenten eines populären Kriegspräsidenten galten. Der Vorwahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2008 hat begonnen und während die Demokratische Partei Anlauf zu

einem Sieg nach 2 verlorenen Präsidentschaftswahlen nehmen will, üben sich die Republikaner in Schadensbegrenzung.

VIII. Literaturangaben

- Dittgen, Herbert: Amerikanische Demokratie und Weltpolitik, Außenpolitik in den Vereinigten Staaten, Paderborn 1998
- Friedrich, Wolfgang – Uwe: Vereinigte Staaten von Amerika, Eine politische Landeskunde, in: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, (Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte), Opladen 2000
- Greven Thomas: Die Republikaner, Anatomie einer amerikanischen Partei, München 2004
- Hübner, Emil: Das politische System der USA, Eine Einführung, 4. Auflage, München 2001
- Nye Jr., Joseph S.: The Paradox of American Power, Why the world`s only superpower can`t go it alone, Oxford New York 2002
- Phillips, Kevin: American Theocracy, The Peril and Politics of Radical Religion, Oil, and Borrowed Money in the 21. Century, New York 2006
- Volkert, Bernd: Der amerikanische Neokonservatismus, Entstehung – Ideen – Intentionen, in: Prof. Dr. Hajo Funke und Dr. Lars Rensmann (Hrsg.), (Politische Theorie und Kultur, Bd. 3), Berlin 2006
- White, John Kenneth: The Values Divide, American Politics and Culture in Transition, New York 2003
- Gebhardt, Jürgen: Conservatism and Religion in the United States, in: Rainer – Olaf Schultze Roland Sturm Dagmar Eberle (Hrsg.): Conservative Parties and Right – Wing Politics in North America, Reaping the Benefits of an Ideological Victory ?, (Politikwissenschaftliche Paperbacks, Studien und Texte zu den politischen Problemfeldern und Wandlungstendenzen westlicher Industriegesellschaften, Bd. 36), Opladen 2003
- Reiter, Howard L.: Finding the „There“ There: Membership and Organization of the Republican Party in the United States, in: ebd.
- Savage, James D.: The Economic Dimension: Fiscal Cionservatism, Deficit Reduction, and Welfare Retrenchment in the United States, in: ebd.
- Thunert, Martin: Conservative Think Tanks in the United States and Canada, in: ebd.